

Großbritannien nach der Wahl: Ärzte hoffen auf Ende des drastischen Sparkurses

Am Wochenende liefen die Gespräche zwischen den Tories und der erzkonservativen nordirischen DUP über die Duldung einer Minderheitsregierung auf Hochtouren. Unterdessen hoffen britische Ärzte, dass eine politisch geschwächte Theresa May gezwungen sein wird, in das staatliche Gesundheitssystem zu investieren und die Folgen des Brexits für Mediziner und Pflegekräfte aus EU-Staaten abzumildern.

Von Arndt Striegler



Let's get to work!" – Lasst uns anfangen, zu arbeiten! – Mit diesen Worten beendete die britische Premierministerin Theresa May am Freitagnachmittag ihre erste offizielle Erklärung nach der jüngsten Unterhauswahl, bei der sie dramatische Stimmenverluste hinnehmen musste. Zwei Minuten und 33 Sekunden nur dauerte die Stellungnahme Mays vor der Downing Street. Was laut gesundheitspolitischen Kommentatoren freilich mehr als genug war, denn: „Wir wissen nicht, wie es weitergehen soll“, so eine konservative Unterhausabgeordnete etwas resigniert zur „Ärzte Zeitung“ in London. „Wir haben am Donnerstag vor allem die Unsicherheit gewählt.“

Theresa May hatte die Unterhauswahl, bei der ihre Partei insgesamt 319 der 650 Unterhaussitze gewann, im März sehr überraschend ausgerufen. Damals hatte die Partei noch 331 Unterhaussitze und verfügte damit über eine zwar nicht üppige, aber doch recht sichere Mehrheit. May ist auf einen Koalitionspartner angewiesen. Intensive Gespräche mit der DUP, einer rechtsaußen stehenden Splitterpartei in Nord-Irland, liefen auf Hochtouren. Eine am Sonntag-Vormittag verkündete Einigung wurde zunächst dementiert.

Zwei große Baustellen

May hatte bei der vorgezogenen Wahl hoch gepokert – und hoch verloren. Anstatt ihre Mehrheit auszubauen, um zukünftig leichter regieren zu können, büßte sie deutlich Stimmen ein. Britische Ärzte beobachten die jüngsten politischen Wirrungen im Königreich mit besonderem Interesse, denn die Gesundheitspolitik ist neben dem Brexit das zweite wichtige Wahlkampfthema.

Eines haben Brexit und Gesundheitspolitik gemein: In beiden Fällen müssen schnell Lösungen für bestehende Probleme gefunden werden. Während May für die Brexit-Verhandlungen zumindest noch bis zum März 2019 Zeit hat, drängt es im staatlichen britischen Gesundheitsdienst (National Health Service, NHS) sehr. Der vergangene Winter war in den staatlichen Krankenhäusern und Arztpraxen nach Meinung ärztlicher Berufsverbände „der schlimmste Winter seit dem Krieg“. 15 Prozent aller Operationen wurden abgesagt, weil es an Kapazitäten fehlte. In vielen Kliniken wurden Patienten tagelang auf den Fluren untergebracht und in den Notaufnahmen gab es Wartezeiten von zwölf Stunden und mehr. Es müssen also vor dem kommenden Winter Lösungen her.

„Wir können nicht länger zusehen, wie unser geliebter NHS langsam kaputt gespart wird. Es muss etwas geschehen, und zwar schnell!“ So fasst es die Londoner Hausärztin Dr. Clare Gerada zusammen. Seit 1982 praktiziert sie für den NHS, zwischen 2010 und 2015 leitete sie das „Royal College of

Pro NHS: Hoffnung, dass Budgetkürzungen zurückgenommen werden.

© Simon Chapman/LNP/dpa

General Practitioners“ (RCGP), ein Berufsverband, der sich um die Interessen der Primärärzte kümmert. „2015 bin ich als Vorsitzende des RCGP schweren Herzens zurückgetreten, weil ich die Gesundheitspolitik der konservativen Regierung nicht länger tolerieren konnte und wollte.“ Vor wenigen Tagen schrieb Gerada einen öffentlichen Brief an tausende Hausarzt-Patienten in Süd-London. „Als passionierte Hausärztin muss ich sagen, dass eine Wiederwahl von Theresa May dem NHS sehr schaden würde.“ Eine Meinung, mit der die Hausärztin nicht allein steht.

„Schwache May ist besser als eine starke“

Viele Mediziner hoffen nun darauf, dass May ihren harten gesundheitspolitischen Sparkurs nicht weiter wird durchziehen können und dass ein möglicher Koalitionspartner wie die DUP einen positiven Einfluss auf die Sparmaßnahmen in den Kliniken und Hausarztpraxen ausüben könnte. „Eine schwache Theresa May ist aus unserer Sicht besser als eine starke Theresa May“, so ein Sprecher der British Medical Association, BMA. Die BMA hofft ebenso wie Gewerkschaften der Pflegekräfte und andere Berufs- und Patientenverbände, dass die neue Regierung viele Budgetkürzungen rückgängig machen wird. May versprach in den „kommenden fünf Jahren acht Milliarden Pfund (knapp 9,2 Milliarden Euro) zusätzlich“ für den NHS auszugeben.

Ebenfalls wichtig nach der Wahl: Was soll mit den rund 120 000 EU-Ärzten und Krankenpflegekräften, die derzeit im NHS arbeiten, passieren? Bislang fehlen Garantien, dass diese Mediziner und NHS-Beschäftigten auch nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU im Land bleiben dürfen. Die DUP gilt als Partei des harten Brexits. Das sorgt viele Mediziner, die sich inzwischen ernsthaft Gedanken um ihre berufliche Zukunft im Königreich machen. „Wir hängen derzeit total in der Luft“, so eine französische Klinikärztin im Londoner St. Thomas Hospital.

„Die ausländischen Ärztinnen und Ärzte hoffen ebenso wie die aus der EU stammenden NHS-Pflegekräfte, dass ihre zukünftige Situation und die Frage, ob sie bleiben dürfen und unter welchen Bedingungen, die erste Priorität bei den bevorstehenden Brexit-Verhandlungen haben wird“, so der Londoner Klinikarzt Dr. Alastair Theague zur „Ärzte Zeitung“. „Die Stimmung innerhalb der Ärzteschaft ist schlecht, weil so viel Ungewissheit herrscht.“

Lange müssen die Ärzte vermutlich nicht mehr auf klare Ansagen aus Brüssel und aus der Downing Street warten. May bekräftigte am Wochenende, den Zeitplan „auf jeden Fall einhalten“ zu wollen.

Schreiben Sie dem Autor:

gp@springer.com